

Lösung in Zuwanderungs-Poker zeichnet sich ab

Der Nationalrat hat sich für eine abgespeckte Variante des Müller-Modells ausgesprochen. Alle Details im Liveticker.



Die SVP-Fraktion ist konsterniert. (Bild: Keystone/Peter Schneider)

TICKER

[Ticker schliessen](#)

[Ticker sortieren](#)

[308 Kommentare](#)

[Sound](#)

[Auto-Update](#)

Es tickert für Sie:
Inland-Ressort

Zusammenfassung:

Der Nationalrat hat das Konzept des Ständerats am Montagabend in den Grundzügen übernommen. Die Firmen sollen aber weniger administrativen Aufwand haben. Mit 139 zu 54 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss der Rat, die **Begründungspflicht bei Absagen zu streichen**.

Zugestimmt hat der Nationalrat der Stellenmeldepflicht in Berufsgruppen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit sowie dem exklusiven Zugang inländischer Arbeitsloser zu den Inseraten. Auch sollen Arbeitgeber **geeignete Stellensuchende zum Bewerbungsgespräch einladen**.

Der Nationalrat beschloss weitere punktuelle Änderungen: So sollen die Massnahmen zu Gunsten Arbeitsloser nicht nur auf betroffene Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche, sondern auch **auf Wirtschaftsregionen beschränkt werden** können. Das entspreche einem Wunsch der Kantone, sagte Isabelle Moret (FDP/VD).

Bei Problemen mit Grenzgängern sollen sich besonders betroffene Kantone an den Bundesrat wenden können. Dieser soll auch Ausnahmen von der Stellenmeldepflicht machen können, besonders für Familienunternehmen.

Abgelehnt hat der Nationalrat die Möglichkeit, Massnahmen im Widerspruch zum Freizügigkeitsabkommen zu beschliessen, sofern keine Einigung mit der EU möglich ist. Ein entsprechender **Antrag der CVP**, den die Fraktionsmitglieder als «ultima ratio» bewarben, wurde **abgelehnt**.

Die SVP wollte die Initiative mit **Kontingenten** und einem «echten Inländervorrang» umsetzen - auch ihre Anträge wurden **abgelehnt**. Dazu gehört auch jener von Natalie Rickli, wonach nur Stellensuchende mit Wohnsitz in der Schweiz in Genuss der Vorzugsbehandlung kommen sollen. Natalie Rickli (SVP/ZH) warnte vergeblich, dass sonst auch stellensuchende EU-Bürger und Grenzgänger profitieren würden.

Die Differenzbereinigung muss Ende nächster Woche abgeschlossen sein. Die Schlussabstimmung findet am letzten Tag der Wintersession statt. Bis am 9. Februar 2017 muss die SVP-Initiative umgesetzt werden. Das verlangt die Verfassung und ist Bedingung für die Teilnahme der Schweiz an der EU-Forschungszusammenarbeit Horizon 2020.

20:10

Nun wird noch über einige Differenzen im Ausländergesetz diskutiert. Die wichtigen Fragen des Abends sind aber geklärt - im Zuwanderungspoker zeichnet sich eine Lösung ab. **Bereits am Mittwoch geht das Geschäft zurück in den Ständerat**.

20:00

Nein - es bleibt beim Antrag der Kommissionsmehrheit: **Das heisst: Firmen in Branchen hoher Arbeitslosigkeit müssen Bewerber zum Vorstellungsgespräch empfangen, aber den Behörden allfällige Absagen nicht begründen**.

19:55

Nun gehts ums Eingemachte: Hat die CVP mit ihrem Antrag, dass die Schweiz notfalls auch ohne das Einverständnis der EU Abhilfemassnahmen ergreifen können soll, eine Chance?

19:54

Die **Interviewpflicht**, wonach die Arbeitgeber mit zugewiesenen Bewerbern Vorstellungsgespräche führen müssen, bleibt bestehen. Der Aufwand, alle Absagen zu begründen, scheint der Mehrheit des Rats aber zu gross. Ein entsprechender SP-Antrag scheitert. Damit entschlackt der Nationalrat das Modell des Ständerats.

19:47

Ein Antrag von Natalie Rickli, wonach Personen mit Wohnsitz in der Schweiz bei der Stellensuche besonders gefördert werden sollen, wurde abgelehnt.

19:44

Zunächst geht es um kleinere Anträge, die Änderungen am Konzept der Kommissionsmehrheit vorsehen. Nationalratspräsident Jürg Stahl, ein Ex-Sportler, spricht vom «Aufwärmen».

19:43

Geschafft - jetzt wird abgestimmt!

19:35

Jürg Stahl, der neue Nationalratspräsident, ruft angesichts der vielen und länger werdenden Fragen zu Disziplin auf. Es gibt nur noch eine letzte Frage vor der Abstimmung.

19:32

Noch eine Frage: Thomas de Courten (SVP) will wissen, welchen Kriterien die Begründung für eine Absage genügen müsste. **Ob der Chef auch argumentieren dürfte, dass ihm die Nase eines Bewerbers nicht passe?** Kurt Fluri erwidert, das sei nicht weiter spezifiziert worden. Allerdings wolle die Nationalratskommission ja auf diese Begründungspflicht verzichten.

19:25

Kurt Fluri (FDP) fasst im Namen der Kommission nochmals die verschiedenen Minderheitsanträge zusammen, **danach wird abgestimmt.**

19:02

Andreas Glarner will wissen, **warum Sommaruga ihren Eid breche**, die Verfassung zu achten. «Ich glaube nicht, dass das eine Frage ist», so Sommaruga. Sie weist den SVP-Asylchef daraufhin, dass sie im Saal nicht ihre eigene Meinung vertrete, sondern die des Gesamtbundesrats.



19:01

Auf eine weitere Frage von Adrian Amstutz sagt Sommaruga, **nach den Schlussabstimmungen im Parlament werde man prüfen, ob das Kroatien-Protokoll ratifiziert werden kann.** Zur Erinnerung: Nur, wenn das Protokoll ratifiziert wird, darf die Schweiz beim EU-Forschungsabkommen Horizon 2020 dabei bleiben.

18:57

Thomas Matter (SVP) will von Sommaruga wissen, ob die Verfassung für den Bundesrat sekundär sei und die Völkerrechte primär. Sommaruga antwortet, der Bundesrat habe schon früh gesagt, dass es nicht möglich sei, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und gleichzeitig das Personenfreizügigkeitsabkommen zu respektieren. Man habe zwar versucht, mit der EU zu verhandeln und das Freizügigkeitsabkommen anzupassen. Doch dann sei etwas passiert, wonach man keinen Einfluss gehabt habe: **«Der Brexit-Entscheid war der Dolchstoss für diese Verhandlungen.»**

18:54

Ein Punkt sei in der Diskussion bisher zu kurz gekommen, sagt Sommaruga weiter: **«470'000 Schweizer leben und arbeiten im europäischen Raum.»** Alles, was man jetzt gegen die EU unternehme, falle auf diese annähernd halbe Million Personen zurück.

18:49

Der Bundesrat will sich «aus institutionellen Gründen» nicht dazu äussern, ob das Modell des Ständerats besser sei oder jenes, für das nun eine Mehrheit des Nationalrats einsteht.

18:46

Wenn eine Lösung beschlossen werde, die einen Vorrang der Personenfreizügigkeit vorsehe, dann werde man das Volk **im Rahmen eines Gegenvorschlags zur Rasi-Initiative nochmals abstimmen lassen, so Sommaruga.** So könnte die Differenz zwischen der Verfassung und der Umsetzung ausgeräumt werden. Das Schlechteste wäre es nun, die Initiative so umzusetzen, dass sie weder dem Initiativtext noch dem Personenfreizügigkeitsabkommen voll gerecht wird, warnt Sommaruga. Sie nimmt damit Bezug auf den Vorschlag der CVP: Schreibe man diesen ins Gesetz, nehme man in Kauf, dass Massnahmen beschlossen werden, die nicht kompatibel mit der Personenfreizügigkeit sind.



18:37

Nun ist **Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP)** am Zug. Sie erinnert daran, dass sich die Räte im Differenzbereinigungsverfahren befinden und sich einander annähern sollten, damit bis zur Schlussabstimmung am 16. Dezember eine Lösung vorliegt. Sonst könne die Schweiz das Kroatien-Protokoll nicht unterschreiben und die Schweiz dürfe nicht mehr am Forschungsabkommen Horizon 2020 teilnehmen.

18:30

Gregor Rutz (SVP) holt zum Rundumschlag aus: Wenn im Saal noch mehr heisse Luft produziert werde, sei bald keine Heizung mehr nötig. Es beelende ihn, dass sich niemand getraut habe, in Brüssel hinzustehen und zu sagen, was die Schweiz will. **«Viele von ihnen leiden unter panischer Angst, die EU könnte wütend auf uns werden.»**

18:27

Balthasar Glättli, Fraktionschef der Grünen, sagt, **ältere Arbeitnehmer bräuchten die Chance, sich bei einem potenziellen Arbeitgeber vorstellen zu können.** Er vertraue darauf, dass geeignete Personen eine Chance erhielten, wenn die Chefs ihnen in die Augen schauen müssten. Dies sei eine «Verpflichtung zur Menschlichkeit». Das Konzept greife zudem nur dort, wo es wirklich nötig sei - in Branchen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, so Glättli.

18:18

CVP-Frau Ruth Humbel sagt, das Modell des Ständerats habe gravierende Mängel. **So sei etwa im Tessin der Lohndruck ein grösseres Problem als die Arbeitslosigkeit.** Den CVP-Konzept bezeichnet Humbel als den Vorschlag, «der aus dem Dilemma führt». Zur Erinnerung: Der Vorschlag sieht vor, dass die Schweiz als «ultima ratio» auch eigenständig Abhilfemassnahmen beschliessen kann, um die Zuwanderung zu bremsen - ohne das Einverständnis des gemischten Ausschusses der EU. Diese Klausel ins Gesetz zu schreiben, verletze das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht.



Quelle: Keystone

18:09

Weiter gehts mit einem Schlagabtausch zwischen SP-Mann Cédric Wermuth und den SVP-Politikern. Warum sie als Unternehmerin einen Schweizer und keinen Ausländer einstellen sollte, fragt Magdalena Martullo. «Ich glaube an die guten Tugenden in Ihnen», antwortet Wermuth lakonisch. Mit dieser und weiteren schlagfertigen Antworten erntet er **Gelächter im Saal.**

18:01

Nadine Masshardt (SP) begründet, warum die Sozialdemokraten das Modell Müller inklusive Begründungspflicht unterstützt. Es gebe in der Schweiz Berufsgruppen mit tausenden Arbeitslosen - und gerade in diesen Branchen würden oft ausländische Arbeitnehmer rekrutiert, erklärt sie. Das sei störend. Sie warnt zudem, wenn es nicht gelinge, in der Dezembersession eine Lösung zu finden, die mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist, **dann fliege die Schweiz aus dem Forschungsabkommen Horizon 2020.**

17:51

Nationalratspräsident Jürg Stahl (SVP) sieht sich gezwungen, etwas zum Redezeit-Trickli seiner Kollegen zu sagen: «Ich habe eine präzise Schweizer Uhr. Bisher waren alle Fragen kurz und die Antworten auch. Ich muss darauf bestehen, dass das auch so bleibt.»



Quelle: Keystone

17:48

Nicht am Rednerpult, sondern per Twitter reagiert FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen auf die Aussagen der SVP-Mitglieder.

So geht es nach einem JA weiter:

Mit einem JA zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

- ✓ geben wir dem Bundesrat den Auftrag, mit der EU über die Personenfreizügigkeit nachzuverhandeln
- ✓ muss das Personenfreizügigkeitsabkommen also nicht gekündigt werden



Christian Wasserfall

@cwasi

Folgen

SVP hat im Extrablatt (Januar 2014) selber gesagt, dass [#Personenfreizügigkeit](#) nicht gekündigt wird: [#MEI](#) Umsetzung muss das berücksichtigen

17:38 - 5 Dez 2016

34 48

17:46

Und auch Jauslin wird von den SVP-Mitgliedern mit Fragen gelöchert. So will Magdalena Martullo-Blocher wissen, **warum die FDP nun die Begründungspflicht ablehnt, die ursprünglich von alt FDP-Präsident Philipp Müller vorgeschlagen worden war.** Man habe das eingehend besprochen und wolle die Unternehmer so wenig wie möglich belasten, antwortet der FDP-Mann.

17:44

Weiter gehts mit Matthias Jauslin (FDP/AG). Er betont, der geplante **Inländervorrang solle nur in Branchen gelten, in denen die Arbeitslosigkeit 10 bis 15 Prozent betrage.** Von einer flächendeckenden Massnahme könne also keine Rede sein. Falle nun noch die Begründungspflicht für Firmen weg, wie dies die FDP und die Mehrheit der Nationalratskommission will, vermindere dies die Bürokratie zusätzlich.

17:37

Und weiter gehts mit den Fragen aus der Reihen der SVP: Martullo, Amstutz, Köppel, Rösti, Matter und Giezendanner melden sich nacheinander mit fast identischen Fragen zu Wort. **Dasselbe Rede-Trickli wendete die Partei schon in der letzten MEI-Debatte an.**

17:32

Nun sind die Fraktionen an der Reihe. Jede einzelne wird ihre Position noch einmal erörtern. BDP-Präsident Martin Landolt ruft zu einer konstruktiven Lösung auf. Es sei Zeit, den **«Krieg der Eitelkeiten» zu beenden**. Das Volk habe zwar Ja gesagt zu einer tieferen Zuwanderung, aber nicht zu einer Kündigung der Personenfreizügigkeit, ist er überzeugt. Es sei deshalb angebracht, wenn das Volk nochmals über die Zuwanderungsfrage abstimmen kann - anlässlich eines Gegenvorschlags zur Rasa-Initiative. **«Fragen wir das Volk, was es will. Wir haben keine Angst davor.»**

17:28

Um ihre Redezeit zu maximieren, fährt die SVP wieder eine ähnliche Strategie wie schon in der letzten Debatte im Nationalrat: Ein Fraktionsmitglied nach dem anderen meldet sich zu Wort, um SP-Mann Cédric Wermuth mit Fragen zum geplanten Inländervorrang zu löchern. Bereits an der Reihe waren Magdalena Martullo-Blocher, Parteipräsident Albert Rösti sowie die Zürcher Nationalräte Roger Köppel und Natalie Rickli. Sie alle kritisieren, auch EU-Bürger könnten vom angeblichen Inländervorrang profitieren. Dieser sei somit gar keiner.

17:25

Die SVP kritisiert, dass sich gemäss dem Vorschlag der Nationalratskommission auch EU-Bürger beim RAV melden könnten. Sie würden damit gegenüber Studienabgängern und Lehlabgängern bevorzugt. Von einem Inländervorrang könne keine Rede sein. Wermuth kontert, man halte lediglich an den bestehenden Abkommen fest. Schon heute könnten sich EU-Bürger beim RAV anmelden - von diesem Konzept gehe auch die Kommissionslösung aus. **Wolle die SVP den liberalen Arbeitsmarkt nicht mehr, müsse sie die bereits angeordnete Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit lancieren.**



17:19

SP-Nationalrat Cédric Wermuth macht sich für die Variante stark, die davor der Ständerat beschlossen hatte. Sie sieht vor, dass Firmen in Branchen hoher Arbeitslosigkeit verpflichtet werden, vom Arbeitsamt zugewiesene Bewerber anzuhören und **allfällige Absagen zu begründen**. Wermuth erzählt von einem älteren Arbeitnehmer, der sich kürzlich im persönlichen Gespräch mit ihm darüber beschwert habe, dass er nicht mehr zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werde.

Weitere Minderheitsanträge folgen.

17:00

Rutz zitiert Albert Einstein: «**Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.**» Es gehe nicht, nun etwas zu beschliessen, und anschliessend das Ergebnis mit einem Gegenvorschlag zur Raza-Initiative «zurechtzubiegen». So funktioniere die Demokratie nicht. «Die Spielregeln sind klar, Entscheide gelten.»



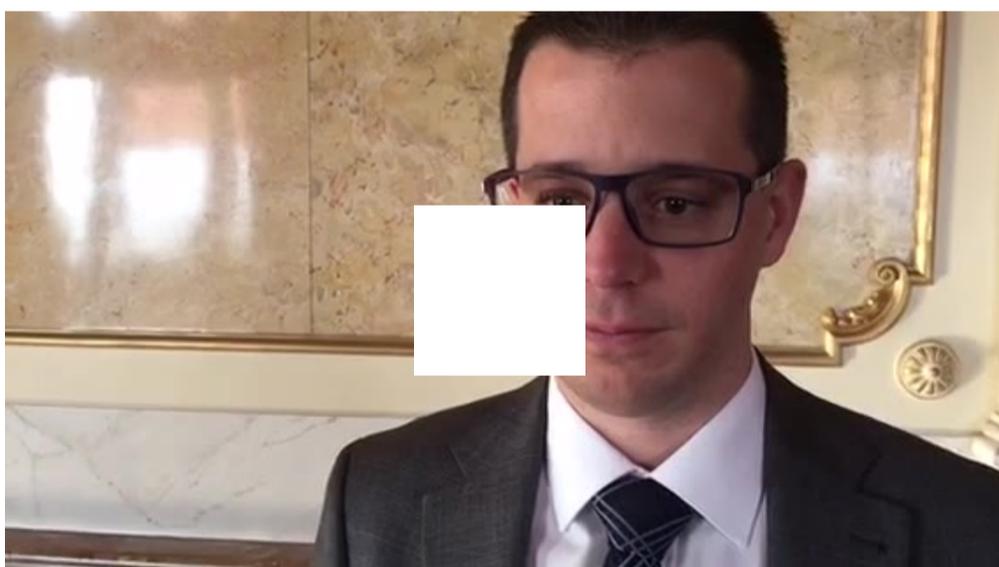
Quelle: Keystone

16:58

Für die SVP spricht der Zürcher Gregor Rutz. **Er spricht von einer eigentlichen «Verweigerungsdebatte»:** Die anderen Parteien wollten die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative nicht umsetzen, kritisiert er.

16:53

Als erstes begründet **Marco Romano (CVP)** den Minderheitsantrag seiner Partei.



16:50

Die Debatte beginnt. Nationalratspräsident Jürg Stahl (SVP) begrüsst unter anderem die anwesende Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP).

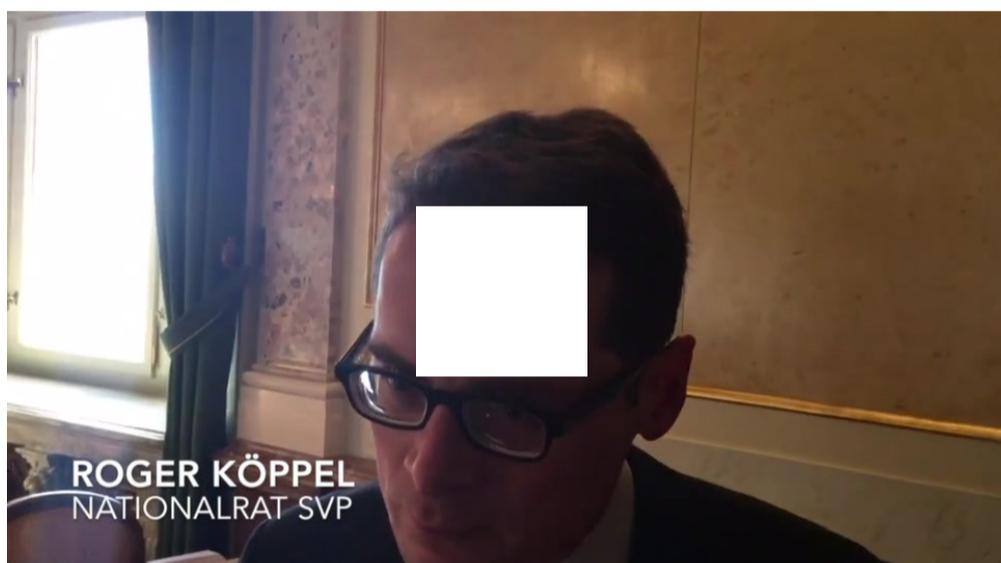
16:48

SP-Nationalrat **Angelo Barrile** hingegen ist zuversichtlich, dass eine mehrheitsfähige Lösung gefunden wird.



16:45

20 Minuten hat vor der Debatte mit SVP-Vordenker **Roger Köppel** gesprochen. Er kritisiert insbesondere die Rolle der Freisinnigen scharf:



Quelle: 20Min

16:28

Herzlich willkommen zu unserem Live-Ticker. Heute debattiert der Nationalrat zum zweiten Mal über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) - wir sind für Sie dabei, wenn im Ratssaal gestritten und um Lösungen gerungen wird.

[Zum Liveticker im Popup](#)

ein aus i

Fehler gesehen?

[Fehler beheben!](#)

Das Seilziehen geht weiter: Am Nachmittag berät der Nationalrat zum zweiten Mal über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Bleibt er bei seinem «Inländervorrang light», für den er sich im September ausgesprochen hat? Schwenkt er auf das vom Ständerat favorisierte «Modell Müller» ein, das Firmen in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit zwingen will, inländische Bewerber einzuladen und Absagen zu begründen?

Oder wählt er, wie [von der vorberatenden Kommission vorgeschlagen](#), den Mittelweg, indem er die Begründungspflicht bei Absagen streicht? Setzt sich gar die Minderheit um CVP-Präsident Gerhard Pfister durch, die verlangt, dass die Schweiz notfalls auch Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung ergreifen kann, die dem Personenfreizügigkeitsabkommen widersprechen?

Noch im Dezember muss die Lösung stehen

Klar ist: Die Zeit drängt. Die Masseneinwanderungsinitiative muss bis am 9. Februar 2017 umgesetzt sein, so verlangt es der Initiativtext. Und nur, wenn bis im Februar

eine Lösung beschlossen wird, die mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist, ist die Teilnahme der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon 2020 gesichert.

Entscheidet der Nationalrat anders als der Ständerat, kommt das Geschäft schon am Mittwoch zurück in die kleine Kammer. Unter Dach und Fach sein muss die Lösung spätestens am 16. Dezember, wenn die Schlussabstimmungen stattfinden. Danach beginnt die 100-tägige Referendumsfrist. SVP-Wirtschaftschefin Magdalena Martullo-Blocher hat angekündigt, [das Referendum zu ergreifen](#), falls sich die Räte für eine Begründungspflicht bei Absagen aussprechen.

(jbu)